

Rechts- popu- lismus

Was können die Kirchen tun?

BAG
K+R

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT
KIRCHE & RECHTSEXTREMISMUS

„Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.“

(2 Timotheus 1,7)

Was ist das Problem?

Und was geht es die Kirchen an?

Seit Sommer 2015 hat Deutschland die schlimmste rassistische Gewaltwelle seit mehr als zwanzig Jahren erlebt. Allein im Jahr 2016 zählte die Bundesregierung mehr als 3.550 Straftaten gegen Flüchtlinge, darunter fast tausend Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Dabei wurden 560 Menschen verletzt, unter ihnen 43 Kinder. Und das sind nur die offiziell erfassten Zahlen. Nur vielen glücklichen Zufällen ist zu verdanken, dass es dabei keine Todesopfer gab.

Gleichzeitig hat sich eine rechte Bewegung formiert, die rassistische mit antidemokratischer Agitation verbindet und punktuell an Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung anknüpfen kann – beginnend mit Pegida in Dresden, aber längst nicht mehr darauf beschränkt. Diese Bewegung ist nicht neonazistisch dominiert, die NPD spielt an den meisten Orten keine große Rolle mehr. Stattdessen bestimmen neue Akteur*innen die Dynamik: Die sich intellektuell gebende „Neue Rechte“ will die Bundesrepublik in eine autoritäre und ethnisch homogene Gesellschaft verwandeln und knüpft an völkische Ideen an. Die sogenannte Identitäre Bewegung, eine Gruppe von jungen rechtsextremen Aktivist*innen, verbindet rassistische und anti-freiheitliche Parolen mit popkulturellem und aktionistischem Auftreten. Rechtspopulist*innen erklären sich zum wahren und alleinigen Vertreter vermeintlicher Volksinteressen – alle anderen Meinungen, egal ob von Gegendemonstrant*innen oder gewählten Parlamentsabgeordneten, werden so als illegitim und „volksverräterisch“

hingestellt und damit die Grundlage jeder demokratischen Debatte zerstört. Die Wahlerfolge der AfD sind Ausdruck und Ergebnis dieser Bewegung.

Auch jenseits tätlicher Angriffe ist Gewalt allgegenwärtig geworden: Rechte Internetseiten verbreiten Hass und Hysterie. Vor schrecklichen Kriegen geflüchtete Menschen werden als „Invasoren“ diffamiert, Ängste vor „Islamisierung“ und einem angeblichen „Bürgerkrieg“ geschürt. Diskussionen – etwa in sozialen Netzwerken wie Facebook – sind oft von Beleidigungen, Verachtung und Verleumdung geprägt. Umgekehrt werden bisweilen berechtigte Kritik oder besorgte Fragen undifferenziert als rechtsextrem oder -populistisch abgekanzelt. Im gegenwärtig polarisierten Klima sind jedenfalls konstruktive Debatten über gesellschaftliche Probleme oder politische Lösungen immer schwieriger.

Das geht alle Menschen etwas an – ganz besonders auch die Kirchen. Inhaltlich ist die biblische Botschaft glasklar: Rassismus und Diskriminierung sind unvereinbar mit dem biblischen Gebot der Nächstenliebe. Aber die Kirchen sind auch auf einer anderen Ebene gefragt: Rechts extremismus und -populismus sprechen weniger den Verstand von Menschen an, als vielmehr ihre Emotionen. Hier können die Kirchen ansetzen: Sie machen ein menschenfreundliches Sinnangebot, das auf christlichen Werten und der Achtung der Menschenwürde beruht.

Was ist Rechtspopulismus?

Unter Rechtspopulismus wird eine politische Strategie verstanden, die autoritäre Vorstellungen vertritt und verbreitete rassistische Vorurteile ausnutzt und verstärkt. In der Politikwissenschaft wird als Kern von Populismus

eine demagogische Argumentation bezeichnet, die „den kleinen Mann“ oder „das einfache Volk“ gegen „das Establishment“ oder „die da oben“ stellt. Als Feind können Regierungsapparate, Konzerne, Parteien oder auch Medien dienen. Solche Argumente sind sowohl von links als von rechts denkbar. Rechtspopulist*innen aber grenzen die „Wir-Gruppe“ nicht nur nach oben ab, sondern auch strikt nach außen, beispielsweise gegen ethnische oder religiöse Gruppen, in Deutschland meist gegen Menschen muslimischen Glaubens. Soziale Missstände und Kriminalität versuchen sie durch vermeintliche „rassische“ oder kulturelle Besonderheiten zu erklären – beispielsweise werden Sinti und Roma pauschal als kriminell diffamiert.

Umgangssprachlich meint der Begriff „Rechtspopulismus“ häufig eine gemäßigte oder modernisierte Form von Rechtsextremismus. In der Tat gibt es Schnittmengen zwischen beiden Phänomenen, aber Rechtspopulismus ist eher eine politische Strategie als eine geschlossene Ideologie. Er zeichnet sich oft aus durch inszenierte Tabubrüche, das Einfordern radikaler Lösungen und den Hang zu Verschwörungstheorien. Rechtspopulist*innen fordern oft „mehr Härte“ gegen Kriminelle, Drogenabhängige oder auch Wohnungslose. Sie schüren Ängste vor „Überflutung“ oder „Überfremdung“ durch Migrant*innen und vertreten häufig islamfeindliche Positionen. Bei Themen wie Abtreibung, Ehe und Familie oder auch der Bildungspolitik ähneln ihre Positionen oft denen von Konservativen. Um sich vom Rechtsextremismus abzugrenzen, betonen Rechtspopulist*innen gern ihre Verfassungstreue – doch greifen sie in ihrer Agitation Grundwerte wie Menschenwürde, Gleichheit, Minderheitenschutz, Diskriminierungsverbot usw. an.

Anders als in den Nachbarländern blieben rechtspopulistische Parteien in Deutschland lange relativ bedeutungslos. In jüngster Zeit aber ist die 2013 gegründete, inzwischen

als rechtspopulistisch geltende Alternative für Deutschland (AfD), erfolgreich.

Und wer ist die „Neue Rechte“?

Unter diesem Begriff wird eine geistige Strömung verstanden, deren Ziel die intellektuelle Erneuerung des Rechts-Extremismus ist. Sie versucht, sich von der deutlich am historischen Nationalsozialismus orientierten „Alten Rechten“ abzusetzen.

Wesentliche ideologische Elemente der „Neuen Rechten“ sind: die Ablehnung von Individualismus und Liberalismus, von Parlamentarismus und gesellschaftlicher Vielfalt; Vorstellungen von einem ethnisch homogenen, hierarchischen und elitär geführten autoritären Staat; eine Frontstellung gegen das kritische Erinnern an den Nationalsozialismus.

Als wichtigste Zeitschrift der „Neuen Rechten“ in Deutschland gelten Junge Freiheit (JF) und Sezession. Das in Schnellroda ansässige Institut für Staatspolitik (IfS) wird ebenfalls zur „Neuen Rechten“ gezählt. Etliche Protagonist*innen der Strömung, etwa JF-Chefredakteur Dieter Stein oder die IfS-Gründer Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek, stammen aus extrem rechten Burschenschaften oder Studentenverbindungen wie der Deutschen Gildenschaft.

Quelle: Glossar der Bundeszentrale für politische Bildung – www.bpb.de/173908

„Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.“

(2. Timotheus 1,7)

Elemente einer christlichen Haltung zum Rechtspopulismus

Mit diesem Satz aus dem Zweiten Timotheusbrief spricht der Apostel Paulus seinem Täufling Timotheus Mut zu. Paulus' Brief gibt zu verstehen, dass der Glaube in unübersichtlichen und beängstigenden Situationen helfen kann. Das gilt heute ebenso – in einer Situation, in der viele Menschen verängstigt und empört sind. Sie sehen rasante Veränderungen in der Welt und in der deutschen Gesellschaft. Sie haben den Eindruck, nicht gehört zu werden. Sie sehen ungelöste Konflikte und Kriege weltweit und dadurch hervorgerufene Flüchtlingsbewegungen. Sie sehen den Tod unzähliger Menschen bei ihrer Flucht über das Mittelmeer und unzulängliche Hilfen. Doch die Gesellschaft ist polarisiert. Auseinandersetzungen um Flucht, Migration oder ganz allgemein die künftige Entwicklung in Deutschland und Europa werden oft unerbittlich geführt.

In vielen Gemeinden gibt es das Bedürfnis, Ängste und Polarisierungen durch Gesprächsangebote überwinden zu helfen. Ein solcher Wunsch ist sehr verständlich – ist es doch ein Anliegen der Kirchen, dem gesellschaftlichen Frieden zu dienen. Doch sollten Gesprächsangebote und -versuche nicht einfach auf Harmonie zielen, sondern christliche Werte konsequent vertreten – im Geist der Liebe und Besonnenheit.

Kirche ist menschenfreundlich – und damit nicht neutral

Gesprächsangebote sollten darauf zielen, die (mancherorts auch innerhalb der Gemeinden) geäußerten flücht-

lings- oder menschenfeindlichen Positionen zu verändern und dabei stets jene Menschen unterstützen, die unserer Hilfe und Solidarität bedürfen. Aus der Bibel folgt nämlich ein unveräußerliches Bekenntnis: Fremde müssen geschützt werden. In dieser Frage kann es daher keine „neutrale“ Rolle für Kirchen- und Pfarrgemeinden geben.

Grundsätzlich ist die christliche Botschaft eine egalitäre, die eine Ungleichwertigkeit verschiedener Menschengruppen weder vorsieht noch erlaubt. „Vor Gott sind alle gleich“ (Gen 1,27). Das bedeutet: Menschenwürde ist unteilbar. Gleichzeitig geht die biblische Botschaft realistisch mit Dissens um, wie er in menschlichen Gesellschaften üblich ist. Sie ist bestrebt, Streit zu kanalisieren, Gewalt einzudämmen, aber auch Fehlverhalten und Sündhaftigkeit zu benennen. Diese Orientierung geht bis zu Jakob und Esau, die ganz pragmatisch auseinandergehen, als sich keine wirklich friedliche Lösung abzeichnet.

Trotz der klaren biblischen Botschaft waren und sind Gewalt, Rechtfertigung von Unterdrückung und Ausbeutung, Rassismus und Antisemitismus Teil kirchlicher Wirklichkeit. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass auch heute in den Kirchengemeinden menschenfeindliche Einstellungen vorzufinden sind – und es ist nicht ehrenrührig, dies offen anzusprechen. Andernfalls können sie nicht in einem inneren Kommunikations- und Verständigungsprozess bearbeitet werden.

(1) „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland.“ (3. Mose 19,33-34)

An diesem Bibelvers ist bemerkenswert, dass die Existenz von „Fremdlingen“ unter uns bereits vorausgesetzt wird. Die Frage, ob sie ins Land gelassen werden, wird also gar

nicht gestellt – es geht „nur noch“ um das Wie des Zusammenlebens. Und für dieses gelten klare Prinzipien: „Fremde“ haben die gleichen Rechte, und sie sollen auch nicht getrennt von „Einheimischen“ leben. Dass das Gebot der Nächstenliebe nicht nur für die „Nächsten“ gilt, sondern auch für „Fremde“, wird hier ebenfalls betont. Erinnert wird zudem, dass jeden Menschen das Schicksal der Flucht treffen kann – und alle auf Hilfe und Asyl angewiesen sein können.

(2) *„Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt eins in Christus Jesus.“ (Galater 3,28)*

Dieses wunderbare Bild der Gemeinde steht gegen alle Verächtlichmachung von Menschen anderen Geschlechts, anderer sexueller Orientierung, anderer Klassen oder anderer ethnischer Zugehörigkeit. Alle sind Teil des Leibes Christi, und – das ist entscheidend – ihre Vielfalt wird nicht einfach aufgehoben, sondern bleibt als gleichermaßen wertvolle Differenz präsent. Das schließt Hassäußerungen aus, auch solche, die angeblich aus eigener Verunsicherung herühren. Es heißt nicht, dass Differenzen und Konflikte in den jeweiligen Beziehungen bestritten werden sollen – es eröffnet aber eine Perspektive auf gemeinsame Entwicklung und Lebensgestaltung in der christlichen Gemeinde.

Alle drei Beziehungskonstellationen – ethnische Zugehörigkeit (griechisch/jüdisch), soziale Stellung (Sklave/Freier) und geschlechtliche Identität (Mann/Frau) – markieren aufgeladene Konfliktfelder. Sie stellen Relationen dar, die sowohl in der Gesellschaft wie in der Gemeinde umstritten sein können und immer wieder neu ausgehandelt werden müssen. Deshalb ist Paulus die Aussage so wichtig, dass die Ausgangsbedingungen in diesem Prozess des Aushandelns für alle gleich sind.

(3) „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.“ (Exodus 20,16)

Dieses Gebot findet sich in verschiedenen Büchern der Bibel im Alten wie im Neuen Testament, es bedeutet, dass über andere Menschen keine Dinge gesagt werden dürfen, die auf Gerüchten basieren. Ebenso wenig dürfen Verfehlungen Einzelner auf eine gesamte Gruppe von Menschen übertragen werden. Darüber hinaus ergibt sich daraus auch die Verantwortung, all dies nicht nur selbst zu unterlassen, sondern auch anderen zu widersprechen, die es tun und durch ständige Wiederholung verschärfen.

Jesus liebt die Sünder, nicht die Sünde

(Johannes 8,1-11)

Zum Umgang mit Rechtspopulismus in der Gemeinde

Klar ist, dass innerhalb unserer Gemeinden (wie in der Gesamtbevölkerung auch) Menschen anzutreffen sind, die rechtspopulistischen Positionen zustimmen. Einzelne solcher Haltungen zur Familienpolitik, zur Rollenverteilung zwischen Frau und Mann, Feindlichkeit gegenüber gleichgeschlechtlicher Liebe oder die Überhöhung der eigenen Religion sind gerade in christlichen Kontexten populär. Andere, wie Islamfeindlichkeit, EU-Verachtung, Demokratieablehnung oder das Reden von „Lügenpresse“, finden sich in allen Teilen der Gesellschaft. Es gilt jedenfalls, genau hinzuhören: Auch wenn Kritik am Asylrecht oder der konkreten Ausgestaltung der Anerkennungsverfahren häufig rassistischen Motiven entspringt, ist das nicht in jedem Fall so. Nicht jede Wertschätzung traditioneller Familienmodelle wertet gleich alle anderen ab. Wer aber beispielsweise mit rassistischen, antisemitischen, frauenfeindlichen, homophoben – also pauschalisierenden und

diskriminierenden – Äußerungen auftritt, stellt sich außerhalb christlicher Lehre. Kirche ist kein wertfreier Raum.

In öffentlichen Veranstaltungen sind rechtspopulistische und rechtsextreme Argumentationsmechanismen und das Spiel mit Ängsten kaum zu durchbrechen. Debatten in größerem Rahmen etwa zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen einer Willkommenskultur sind deshalb wenig erhellend für unentschiedene und unsichere Gemeindemitglieder. Gleichwohl ist es sinnvoll, echte Fragen, Verunsicherungen oder auch Abwehr innerhalb der Gemeinde in kleinere Kreise des Gemeindelebens aufzunehmen – etwa im Bibelkreis, der Jungen Gemeinde, dem Gespräch nach dem Gottesdienst oder im seelsorgerlichen Gespräch.

Mit Menschen, die sich abwertend und ausgrenzend verhalten, sollte das individuelle Gespräch gesucht werden. Neben der Frage nach der Motivation für ihre Aussagen sollte es darum gehen, Anknüpfungspunkte und Resonanzfelder für die biblische Botschaft der Nächstenliebe zu finden. Zwei Fehler sind dabei zu vermeiden: Das schleichende Einnisten menschenfeindlicher Einstellungen durch falsch verstandene Toleranz ebenso wie eine zu rasche Ausgrenzung ohne echtes Bemühen um ein konstruktives Gespräch, was Menschen nur noch weiter rechtsextremen oder -populistischen Gruppen zutreiben kann. Theologisch gesprochen gilt es, immer die Balance und Unterscheidung zu wahren: keine Verharmlosung der Sünde einerseits, aber werbendes Zugehen auf Sünder*innen andererseits. Das Bewusstsein, dass kein Mensch aus eigener Kraft vollkommen sündlos zu leben vermag und sich seine Annahme durch Gott verdienen könnte, kann dabei vor falscher Selbstgerechtigkeit bewahren.

Weitere Informationen:

„Impulse für den Umgang mit Rechtspopulismus im kirchlichen Raum“ http://bagkr.de/wordpress/wp-content/uploads/2017/05/Broschüre_Rechtspopulismus.pdf

Heinrich Bedford-Strohm,

Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland

„Wir müssen klare Kante zeigen gegenüber allen Versuchen, völkisches Gedankengut und rechtsextremistische Kampfrhetorik in unserem Land wieder salonfähig zu machen.“

https://www.ekd.de/aktuell/edi_2016_11_06_bedford-strohm_bericht_ekd_synode.html

Kardinal Reinhard Marx,

Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

„Wir müssen auf der Seite der verantwortlichen Freiheit stehen, der Menschenwürde, der Menschenrechte, der einen Menschheitsfamilie, einen anderen Platz können wir für uns Christen nicht finden.“

http://www.deutschlandfunk.de/die-c-frage-die-kanzlerin-und-der-kardinal.886.de.html?dram:article_id=377914

Ilse Junkermann,

Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland

„Alle Christen sind gefragt, klare Kante zu zeigen gegen alle Angstmacherei und Politik des starken Mannes, gegen Vereinfachungen und Rechtspopulismus und Rückfall in Nationalismen.“

<http://www.epd.de/landesdienst/landesdienst-ost/schwerpunktartikel/bisch%C3%B6fin-junkermann-ruft-zum-haltungswandel-auf>

Markus Dröge, Bischof der Evangelischen Kirche

Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

„Wenn der Rechtspopulismus wieder beginnt, völkisches Denken zu verbreiten oder wieder beginnt, unterschiedliche Menschengruppierungen unterschiedlich in ihrer Würde zu bewerten, dann müssen wir eine Kirche sein, die offensiv dagegen vorgeht.“

<http://www.tagesspiegel.de/politik/evangelischer-bischof-markus-droege-muessen-im-dialog-mit-dem-islam-viel-intensiver-arbeiten/19674614.html>

Kardinal Rainer Maria Woelki,

Katholischer Erzbischof von Köln

„Die Kirche ächtet rechtspopulistische Positionen und Kampagnen, die gegen die Menschenwürde verstoßen oder gegen die Gewährleistung von Menschenrechten gerichtet sind.“ (Orth/Resing, S. 185)

BAG K+R – Wer sind wir?

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAG K+R) ist ein ökumenisches Netzwerk von Projektstellen, Organisationen und Basisinitiativen, die Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen sogenannter Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konstruktiv entgegen treten – sowohl inner- wie außerhalb der Kirchen.

Wir bieten:

- Vernetzung und Beratung in- und außerhalb der Kirchen
- Vermittlung von Ansprechpersonen vor Ort
- Texte und Handreichungen zu Rassismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
- theologische Arbeit an Bibel und Bekenntnis
- Erfahrungsaustausch bei Versammlungen, Seminaren und Veranstaltungen

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT KIRCHE & RECHTSEXTREMISMUS

c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Auguststraße 80, 10117 Berlin

Telefon: (030) 2 83 95-184

E-Mail: post@bagkr.de

WWW.BAGKR.DE

BAG
K+R

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT
KIRCHE & RECHTSEXTREMISMUS